

LKW-Blockaden könnten Güter-Versorgung bedrohen

Die Bewegung gegen die Arbeitsmarkt-Reform hofft auf neuen Elan durch Mobilisierung der Fernfahrer und Bahnstreiks, die Teilnehmerzahl an ihren Demos geht aber zurück /
Polizei-Verbände demonstrieren am Mittwoch gegen šAnti-Polizei-Hassō und für mehr Härte gegen šProvokateureō ó in Paris auf der šPlace de la Républiqueō.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Es sind die beiden schärfsten und vermutlich letzten Waffen, die ein Großteil der französischen Gewerkschaften nunmehr gegen die Arbeitsmarkt-Reform der sozialistischen Staatsführung einsetzen: unbefristete, landesweite LKW-Blockaden und, ab Mittwoch, Bahnstreiks (bei den Eisenbahnern hat sich der Konflikt aber auch an speziellen Spar- und Arbeitsintensivierungs-Plänen der Bahndirektion entzündet).

Von der nordfranzösischen Metropole Lille über die westfranzösischen Atlantik-Häfen bis hin zur Industrieregion bei Marseille gab es Dienstag überall ähnliche Szenen: Zufahrtsstraßen zu Handelsdepots und Industriegebieten wurden durch quergestellte Lastzüge aber auch Baukräne und Walzmaschinen gesperrt. Rauschwaden erhoben sich von brennenden Reifen, die die Gewerkschaftsaktivisten auf dem Asphalt gestapelt hatten.

Auf den Autobahn-Umfahrungen mehrerer Provinzstädte brachten gewerkschaftliche LKW-Konvois, die sich im Schneckentempo bewegten, den Verkehr zum Erliegen. Für die Autofahrer erwiesen sich auch die meisten Ausweichrouten als Fallen, weil sie später wie in einem Labyrinth auf neue Straßensperren stießen. Die Polizei war bemüht, schon im Vorfeld den Autoverkehr zu stoppen.

In der Hafenstadt Le Havre hatten sich die Docker der Bewegung angeschlossen und gemeinsam mit Fernfahrern nicht auch die Raffinerie abgeriegelt. Schon am Dienstag-Vormittag hatten die ersten Tankstellen in Le Havre keinen Sprit mehr.

Von dieser überraschenden Mobilisierung der Dienstnehmer der Frächter erhoffen sich die linken Gegner der Arbeitsmarkt-Reform einen neuen Elan im nunmehr zweimonatigen Kräftemessen mit der SP-Regierung. Ihre letzten Demonstrationen, darunter die vom Dienstag, hatten deutlich weniger Zulauf. Außerdem wurden sie stellenweise von den Aktionen gewalttätiger Jugendgruppen überschattet, die in Paris den Ordnungsdienst der Gewerkschaften angriffen, Geschäftsfassaden und Busunterstände verwüsteten und die Polizei mit Molotowcocktails und anderen Wurfgeschossen traktierten.

Polizei-Demo in Reichweite der linken Besetzer der Place de la République

Als Reaktion auf diese Attacken organisieren heute, Mittwoch, Polizei-Gewerkschaften eigene Aufmärsche gegen šAnti-Polizisten-Hassö und die, ihrer Meinung nach, mangelnde Entschlossenheit von Regierung und Justiz im Umgang mit gewalttätigen Demonstranten. In Paris findet die Kundgebung der Polizei-Verbände auf der Place de la République statt, auf der linke Aktivisten ein permanentes Lager aufgeschlagen haben, und in deren Umkreis es schon mehrfach zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen war.

Die SP-Regierung versuchte bereits am vergangenen Donnerstag einen Schlusspunkt unter die Protestbewegung zu setzen, indem sie das neue Arbeitsgesetz im Nationalrat durchbrachte ó allerdings unter Zuhilfenahme eines Sonderparagrafen (die Regierung stellte die šVertrauensfrageö), mit dem eine direkte Abstimmung über das Gesetz vermieden und der Widerstand des linken SP-Flügels umgangen wurde. Das Gesetz muss aber noch im Senat geprüft und anschließend vom Nationalrat ein zweites Mal ratifiziert werden.

Nun verfügen die Fernfahrer mit ihren Brummis nicht nur über ein maximales Schadenspotential, sondern veranschaulichen die Gefahren, die laut Gewerkschaften in dem neuen Arbeitsgesetz schlummern: es erlaubt unter gewissen Bedingungen innerbetriebliche Vereinbarungen über Arbeitszeiten und Entlohnung, die gegenüber Kollektivverträgen oder Gesetzen Vorrang hätten ó darunter die Möglichkeit, den Überstundenzuschlag von derzeit 25 bis 50 Prozent des normalen Stundenlohns auf 10 Prozent zu reduzieren. Die LKW-Fahrer leisten viele Überstunden und befürchten daher empfindliche Einkommensverluste.

Präsident Francois Hollande bekräftigte aber, dass er nicht nachgeben werde: šLieber will ich als ein Verantwortlicher für unpopuläre Reformen in Erinnerung bleiben als ein Präsident der Untätigkeit.ö Das Gesetz sei ein ausgewogener Kompromiss zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, beteuerte Hollande und verwies dabei auf die Zustimmung der konzilianter Teile der französischen Gewerkschaften.